

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die 'Volkstimme' erscheint dreimal wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlicher Redakteur: Eduard Schölerer. Druck: Druckerei 'Volkstimme', Merseburg. — Verlag: Verlag der 'Volkstimme', Merseburg. — Preis: 10 Pfennig. — Zuschriften: an den Redakteur, 'Volkstimme', Merseburg. — Abbestellungen: an den Verleger, 'Volkstimme', Merseburg. — Druck: Druckerei 'Volkstimme', Merseburg. — Zuschriften: an den Redakteur, 'Volkstimme', Merseburg. — Abbestellungen: an den Verleger, 'Volkstimme', Merseburg.

Nr. 110.

Halle, Sonnabend den 6. Oktober 1917.

1. Jahrgang.

Ein gutes Wort.

Zur Stockholmer internationalen Sozialistenkonferenz stellten sich die Sozialisten Belgiens, Frankreichs und Englands ursprünglich völlig ablehnend. Erst nach und nach gelang es den Russen, sie zu einer freundschaftlichen Haltung zu bewegen. Aber während die deutsche Sozialdemokratie keine Skizze zögerte, nach Stockholm zu gehen und keinerlei Bedingungen stellte, gingen dann die Sozialisten der Weststaaten an, mit ihrer prinzipiellen Bereitschaftserklärung zur Teilnahme allerlei Vorsetzungen zu verknüpfen: es müsse vor allem anders über die Frage der

Schuld am Kriege

entschieden werden, und die einzelnen nationalen Parteien müssten geschlossen auftreten. Schließlich verweigerten die Entente-Regierungen die Risse, und die Abgeordneten des Merseburger Arbeiter- und Soldatenrats brachten den Eindruck zurück, daß ein erheblicher Teil dieser Sozialisten nur zum Scheine für Stockholm eingetreten sei, in Wahrheit aber Obstruktion dagegen getrieben habe. Nach der Beschränkung heißen die Sozialisten der Weststaaten entweder nicht den Willen oder nicht die Kraft, etwas Ernsthaftes zu unternehmen; sie geben sich im wesentlichen mit der Tatsache zufrieden, nicht nach Stockholm reisen zu können.

Zur Stockholmer internationalen Gewerkschaftskonferenz erschienen die Sozialisten der Entente-Staaten nicht. Zur neuen Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz sind sie wiederum nicht erschienen. Den französischen und italienischen Gewerkschaften wurden die Risse verweigert, die belgischen und englischen Gewerkschaftler lehnten die Teilnahme ab, und schickten einen Brief

voll grober Schmähungen gegen die Deutschen. Die Berner internationale Gewerkschaftskonferenz hat nicht umhin genommen, zu diesen Tatsachen Stellung zu nehmen. Sie bedauerte die

entente-Papierverweigerung

und bedauerte den Engländern, daß Gewerkschaftskonferenzen nicht dazu da seien, um politische Sentiment über die Kriegsschuld anzuhäufen. Zugleich richtete sie eine dringende Mahnung an die Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer aller Länder, alle ihre Kräfte für einen baldigen Friedensschluß einzusetzen.

Der Sitz des internationalen Gewerkschaftssekretariats war bisher Berlin; sein Leiter der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Karl Legien. Die Entente-Gewerkschaften fordern nun, während sie die Gewerkschaftsinternationale boykottieren, daß der Sitz des Sekretariats verlegt werde. Um des lieben Friedens willen lehnen das die Gewerkschaften der Mittelmächte und der neutralen Staaten nicht ab; aber sie drücken unabweislich zum Ausdruck, daß sie mit den Leistungen und der Haltung des internationalen Gewerkschaftssekretariats durchaus einverstanden seien. Und als der alte Herrmann Grunlich ausföhrt, man müsse auf die Geistesbeschaffenheit der Entente-Gewerkschaften Rücksicht nehmen, entgegnete August Bruy von den Fabrikarbeitern, die deutschen Gewerkschaften hätten ihren Klagen genossen in den Entente-Ländern immer wieder die Hand entgegen gestreckt, aber diese hätten nur darauf gehauen und hineingepunkt; einmal habe auch die

Geld der deutschen Arbeiter ein Ende.

Das ist ein gutes Wort zur rechten Stunde.

und sollte in den Entente-Ländern nicht überhört werden. Auf einer Sitzung in London hat der englische Marine-Minister Churchill solche reumütige christliche Kriegespredigt gehalten. Ein paar Zähne aus seinen Kieferführungen:

Recht ist nicht der Ursprung, aber den Frieden zu wollen, fordern über den britischen Willen, die britische Macht und den britischen Friede. ... Hinter der jenseitigen Partei sind ausbleibende Kollateralschäden tätig. ... Wie werden unter seinen Umständen eine bezwungene Rüstung (Kriegsgegenstände) antworten. Es wäre ein Verbrechen, Frieden zu schließen, bevor unsere Hauptziele erreicht sind. Die Deutschen müssen entscheidend geschlagen werden. ... Der deutsche Volksschatz ist ein Witz. ... Englands Kraft reicht nur dem, was es liefert.

So redet nicht irgendein verurteiltes gewöhnlicher Heiliger, irgendein verantwortungsloser Heilensprecher, sondern ein Mitglied der englischen Regierung. Das ist auch eine Antwort auf die deutsche Kapitulation, und die Friedenspredigt Müllmanns und Germins.

Die Mittelmächte sind ungewidert und ohne alle Umschweife zum Frieden ohne Gebietsverweigerungen und Entschädigungen, zur Austrichtung einer neuen Weltordnung mit Zwangsgerichtsgericht, Vorkriegs, Freiheit der Meere und Freiheit des Handels bereit. Wenn auf diese mehrfach wiederholten Bereitschaftserklärungen zum Frieden gar keine andere Antwort kommt, als Gaudeliche Drohschreie, dann wird sich auch selbstpolitisch eines Tages zeigen, wie recht Bruy heute, vor dem Forum der Internationale zu erklären: 'Auch die Schuld der deutschen Arbeiter hat einmal ein Ende.' —

Geheime Schlachtungen.

Am 1. Oktober ist eine Neuregelung des Hauschlachtens in Kraft getreten — auf Grund einer Verordnung vom 2. Mai 1917 — die dem sogenannten Pensionisten ein das Leben schwer machen soll.

Bisher wurde die Hauschlachtung genehmigt, wenn das zu schlachtende Schwein mindestens 6 Wochen in der Wirtschaft des Selbstverorgers gewesen war. Gegenüber der vorherigen ungedruckt weit ausgedehnten Hauschlachtung war es schon ein Fortschritt, als das Kriegsernährungsamt im vorigen Herbst den Begriff der Selbstverorgung enger umschrieb, die Hauschlachtung genehmigungspflichtig machte und die Anrechnung des Schlachtgewichts auf die Fleischkarte regelte.

Trotzdem heßen die Bestimmungen noch zahllosen Mißbräuchen Raum und stützten namentlich in den Großstädten zu unwirtschaftlichen Mißbräuchen. Man kaufte hier angemästete Schweine, hielt sie die vorgeschriebenen 6 Wochen ab

Balken, Keller oder Kistenstreu

durch, bei welcher Hungerkur sie meist im Gewicht verloren, und ließ sich dann als Selbstverorgere die Hauschlachtung mit doppelter Fleischmenge genehmigen. Oft genug entging aber das gemästete Porkelein schon während der sechs Wochen seiner Quarantäne und verhielt, indem es seinen bedürftigen Geist aufgab, den Selbstverorgere nützlich in die Masse der Versorgungsbedürftigen zurück. Der volkswirtschaftliche Schaden lag in der Menge des vergeblichen Futters und im Fleischverlust. Auf dem Wege führte die Regelung des Hauschlachtens dazu, daß weitaus mehr Schweine hausgekalndet als zur Versorgung der übrigen Bevölkerung der gewerblichen Schlachtung zugeführt wurden; ganz abgesehen von den unzulässigen Schlachtungen, die nicht angemeldet werden und also in der Statistik gar nicht auftauchen.

Diesen Mißbräuchen suchte die neue Verordnung über die Regelung des Selbstverorgers zu steuern. Es wird dort bestimmt, daß zum Zweck der Selbstverorgung Schweine in einem Lebensgewicht von mehr als 60 Kilo nicht erworben werden dürfen und daß sie mindestens 3 Monate in der Wirtschaft des Selbstverorgers gehalten sein müssen, ehe die Schlachtung genehmigt werden darf.

Nimmt man die Fleischgewinnung der Gerste und das Verbot des Verkürens von Kartoffeln

finzu, so dürfte damit dem Pensionisten der Garons gemacht sein; man kann es unmöglich jetzt 3 Monate lang in der Stadt durchführen. Notwendig sind nur noch strenge Kontrollvorrichtungen, welche die Kommunal- oder Stadtverwaltungen erfüllen müssen. Bisher begnügten man sich mit der einfachen Erklärung des Selbstverorgers, das Tier 6 Wochen in seiner Wirtschaft gehalten zu haben. Derartige Versicherungen können aber nur zweifelhafte Glaubwürdigkeit beanspruchen, und namentlich bei der wachsenden Fleischmangel wird die Regelung ungenügend. Die Behörden durch solche Angaben hinterlistig zu führen. Es empfiehlt sich deshalb, die Verpflichtung zur vorherigen Anmeldung der Tierhaltung ergeben zu lassen, wie es im Rheinbesitz schon seit längerer Zeit vorgeschrieben ist; dann kann man während der drei Monate leicht kontrollieren, ob das Tier wirklich da ist, und ob es zweckmäßig untergebracht ist; man kann auch gleich beim Erwerb feststellen, daß es nicht etwa über 60 Kilo schwer ist und wo sich herausstellt, daß gegen die Verordnung verstoßen ist, muß unabweislich die Erlaubnis auf Grund der Statistikumlage erfolgen.

Siel schwerer ist die

Unterbindung der geheimen Schlachtungen.

Je mächtiger die Aktionen, desto größer das Getreben, die

Grenzen der allgemeinen Versorgungsregelung zu durchbrechen. Die landwirtschaftliche Produktionsstätte bildet die Quelle des Fleischhandels. Die geordneten Fleischlieferungen könnten die heimlichen Schlachtungen nur verhindern, wenn es möglich wäre, den Zutritt und Abgang während zu kontrollieren und darüber zu wachen, daß sie dauernd auf dem laufenden bleiben. Dazu fehlt es an Kontrollpersonal und vielleicht auch am guten Willen der Gemeindebehörden. Ein Bauer, der ein Schwein beiseite schaffen will, wird das trotz Fleischprüfung, trotz Kataster und Fleischgewinnungskartellen Körnerfutters und Verbot der Kartoffelverfütterung erreichen. Die hohen Preise des Fleischschindels bieten einen zu starken Anreiz. Deshalb hat man hier und da versucht, durch Selbstbeschlachtungen die

Wahrscheinlichkeit der Verbot

zur Verbindung von Selbstbeschlachtungen anzuregen. Das Streben nach z. B. gewährt ist die Ermittlung von unerlaubten Hauschlachtungen und unerlaubten gewerblichen Schlachtungen in Metzgereien eine Verlobung von 50 Mark für jeden einzelnen Fall. In der Zeit scheint dieses Vorkommnis ein wenig auch nicht vollkommenes, so doch immerhin geeignetes Mittel zu sein, dem gemeinschaftlichen Verbrechen entgegenzutreten, weil damit den ärmeren Tierbesitzern ein Mittel in die Hand gegeben ist, sich für die Notwendigkeit mander Landwirte zu rächen, die in den Zeiten der ärgsten Hungerkämpfe auf dem Lande oft genug ihre eigenen bedürftigen Dorfgenossen abwürgten, um Kartoffeln, Eier, Butter usw. zu haben Breiten an zahlungsfähige Leute abzugeben.

Denn die Mißbräuche der Verbräuer kann das heimliche Schlachten und der Selbstschlachten mit dem in gewissermaßen gleiche nicht unterdrückt werden, wie überhaupt ohne diese Mißbräuche die Unterbindung von Verordnungen nicht denkbar ist. —

Was der Krieg bringt.

29 000 Tonnen.

Der deutsche Admiralstab gibt bekannt, daß der australische Dampfer „Araucario“ (3611 Tonnen) mit Kohlen für Italien und „Cembalo“ (3377 Tonnen) mit Kohlen für Italien und „Arcadia“ (1387 Tonnen) mit Chemikalien für Frankreich, der bewaffnete italienische Dampfer „Goffredo Mameli“ (1121 Tonnen) mit 6000 Tonnen Erz und England, der mit zwei 10-Zentimeter-Geschützen bewaffnete amerikanische Dampfer „Albatros“ (3345 Tonnen), ferner ein durch Hochsechschweper geschlepptes Fahrzeug mit nach Mesopotamien bestimmten Kismatgütern und Mäulern.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich der britische englische Dampfer „Rolar Friend“ (3611 Tonnen) mit 5000 Tonnen Kohlen für Italien und „Cembalo“ (3377 Tonnen) mit Kohlen für Italien und „Arcadia“ (1387 Tonnen) mit Chemikalien für Frankreich, der bewaffnete italienische Dampfer „Goffredo Mameli“ (1121 Tonnen) mit 6000 Tonnen Erz und England, der mit zwei 10-Zentimeter-Geschützen bewaffnete amerikanische Dampfer „Albatros“ (3345 Tonnen), ferner ein durch Hochsechschweper geschlepptes Fahrzeug mit nach Mesopotamien bestimmten Kismatgütern und Mäulern.

Die Schlacht in Flandern.

Der Heeresbericht meldet weiter, daß in Flandern die Schlacht von neuem entbrannt ist. In der etwas ausführlicheren der Heeresberichte erzählenden halbmonatlichen Darstellung wird darüber folgende Schilderung gegeben: Am 3. Oktober setzte es uns, von härtester feindlicher Gegenwehr unter unserer Linie an der Straße Menin-Therua vorüberziehend. Die Engländer setzten den Tag über ihre planmäßigen Truppenüberfälle auf unsere Stellungsbogen um. Diese lief die bis gegen Abend zwischen Westende und Scauwele weiter bis zu höchstem Feueranhalten. Besonders planmäßiger Feind richtete sich gegen Scauwele. Auch während der Nacht hielt von Westende des Ostausfalls Westes bis zur See, besonders südlich St. Julien, häufiger Feuer an, das am 4. Oktober 5 Uhr 45 Min. vorüberzog auf der ganzen Front von Wauwelaere bis zum Kanal von Solleville schlängelnd in westlicher Richtung in die Richtung von Westende bis in erster Linie anbrach. Hier erfolgte ein heftiger Angriff der erneuerten neue feindliche Grabangriff wieder den Westenden. Die Flankenschlacht ist wieder in vollem Gange.

Auch südlich des Kanals von Solleville bis zur Deule feierte sich die Heeresfront. Bei südlicherem Feuer an der Westfront wurden nördlich Scauwele und südlich Scauwele feindliche Positionen unter bittern Verlusten für den Feind eingenommen. Stärkeres Feuer in Gegen St. Quentin wurde in der Nacht neue Brände.

In der Westfront feierte sich gegen Abend das Feuer an der Westfront. Bei südlicherem Feuer an der Westfront wurden nördlich Scauwele und südlich Scauwele feindliche Positionen unter bittern Verlusten für den Feind eingenommen. Stärkeres Feuer in Gegen St. Quentin wurde in der Nacht neue Brände.

Am Morgen des 5. Oktober erfolgte ein heftiger Angriff der erneuerten neue feindliche Grabangriff wieder den Westenden. Die Flankenschlacht ist wieder in vollem Gange.

Zwischen Was und West feste nachmittags auf unter Stellung westlich West-Quint südlich starkes feindliches Feuer ein, das jedoch gegen Mittag wieder abnahm.

Am Morgen des 6. Oktober gab die deutsche Heeresleitung folgende Meldung bekannt:

Auf dem Westende in Flandern sind die Engländer auch bei dem heutigen Grabangriff nur etwa ein Kilometer tief in unsere Abwehrzone zwischen Westende und Westende eingebrungen. Besonders heftig; wird noch südlich von Scauwele und westlich von Westende gefochten.

Den von dem Feinde in nichte Scheitern gemeldet.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 1. Oktober: Wir griffen eine vorgeschobene Stellung bei Namadia, 4 Meilen südlich von Namadia, am Freitag an. Nach der Besetzung des Südens von Namadia griffen wir die Hauptstellungen in der Gegend von Namadia von Südwesten an. Südwestlich vom Feind wurde in einem weiten Bogen westlich an die Stadt. Nach einem heftigen Kampfe, der den ganzen Tag dauerte, wurden die Hauptstellungen rings um Namadia südlich, südöstlich und südlich eingenommen. 2 Meilen von der Stadt steht die Kanalarie die Truppenlinie an Lande, während im Norden der Stadt ein Nachschub nach Westen, aber der Naas verläuft der Feind einen Nachschub nach Westen, aber die Kanalarie wird nun entzogen. Bei Tagesanbruch wurde der Angriff wieder aufgenommen. Am Sonntag den 9. Oktober ergriff ich den Feind überall. Wir erbeuteten Geschosse, Waffen, Munition, viel Kriegsgerät und machten mehrere tausend Gefangene, darunter Namadia-Wai mit seinem Heide. Der Feind wurde vollkommen überfallen. Fast die ganze Besatzung von Namadia fiel in unsere Hand. Unser Truppen legten große Transporter, Aufschlüsselung und Ausbaurer unter den schwersten Bedingungen an der Tag. Eine andre Abteilung aus Bagdad besetzte Donnerstag nachts Namadia. Es kam zu einem heftigen Kampfe, in dem wir dem Feinde Verluste zufügten, vier Mann gefangen nahmen und 800 Kamelre erbeuteten.

Wegen der großen Ausdehnung des Gebiets, auf dem der Kampf bei Namadia stattfand, ist es zurzeit noch nicht möglich, eine vollständige Liste unserer Beute zu geben. Wir haben zwischen 10 Geschosse und 12 Waffenschmiede gewonnen. Circa 200 geübte Stützen sind beordert worden und ungefähr 600 verwundete und 2800 unversehrte Gefangene, darunter 200 Offiziere, sind in unsere Hand gefallen.

Die Meldung ist nach amtlichen russischen Berichten in der Übertriebung, indessen ist es richtig, daß der Verlust in der Hand der Engländer gefallen ist.

Der demokratische Wille.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur sollte der Vorsitzende der demokratischen Konferenz mit, daß das durch Vertreter der verschiedenen Parteien verfertigte Bureau die gestellte Aufgabe verfertigt habe, eine Zustimmung von Stimmen zu vereinigen, um die Einheit des demokratischen Willens zum Ausdruck zu bringen. Hierbei verlor den Bericht darüber, in dem die gemeinsamen Grundzüge ausgearbeitet sind, welche von der großen Mehrheit der Konferenz angenommen werden können. Er geht im Namen des Bureaus folgende Entschließung vor:

Es ist unumgänglich notwendig, eine starke revolutionäre Bewegungsgewalt zu schaffen, die das Regime der Kaiserlichen Monarchie vom 27. August ab, und eine aktive Politik zur Verwirklichung des allgemeinen Friedens zu verfahren. Genaue von der Zusammenkunft der verschiedenen Parteien in die Verantwortung der Regierung vor einem den Willen des Volkes widersprechenden repräsentativen Organ zu verfertigen. Außerdem aus der Mitte der demokratischen Konferenz heraus ein unabhängiges Organ zu schaffen, das an der Bildung der Regierungsgewalt auf den erwarteten Grundlagen mitarbeiten hat. Wenn die hiergegen Elementen in die Regierung eintreten, ist es unumgänglich nötig, das repräsentative Organ durch bürgerliche Kreise zu verfertigen, die sich notwendigweise in der Mitte befinden. Die Regierung wird dem oben erwähnten Organ gegenüber verantwortlich sein. Die Konferenz beauftragt das Bureau, für die Durchföhrung der vorgeschlagenen Verwirklichung der Bildung der Regierungsgewalt auf den angegebenen Grundlagen zu erkennen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung einstimmig, die Debatte nicht wieder zu eröffnen. Die Konferenz nahm die erwähnte Entschließung mit 529 gegen 106 Stimmen an.

Am Kerenjts Macht.

Die Hauptfrage auf der großen demokratischen Konferenz, die praktisch entschieden werden muß, ist die Stellung der revolutionären Demokratie zum Kerenjts Willen. Von dem Willenswille wird er mit leidenschaftlichem Eifer angegriffen und ihm hauptsächlich der Vorwurf gemacht, unehrlich am Putz der Kerenjts Willens beteiligt gewesen zu sein. Die Kritik umfaßte den „Mitsch“ und „Iltro Krenjts“ bewahren sie, daß zwischen Kerenjts und Kamillow, Kerenjts und Kamillow ein geheimes Abkommen geschlossen worden sei, das von Kerenjts entworfen aus vier Hauptpunkten bestand: Einführung der Todesstrafe im Hinterland, Militarisierung der Eisenbahn, Militarisierung der Nahrungsmittelindustrie und Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Offiziere über die Soldaten. Za man voraussetzt, daß die Petersburger Arbeiter sich leidenschaftlich gegen diese Punkte zur Wehr gesetzt hätten, habe man die revolutionäre Regimenter aus Petersburg entfernt und Kamenjts in der Nähe angeordnet. Zugleich habe man das Gerücht verbreitet, daß die Bolschewisten einen Gewaltstreik planen, und durch Zeitungserbote und andre Gewaltmaßnahmen die Arbeiter zu provozieren gefahrt.

Der schließliche Bruch zwischen Kamillow und Kerenjts sei persönlicher Art gewesen. Obwohl beide öffentlich verlangt, daß nicht die genannten vier Punkte, sondern das Regimenterum bilden sollten, sondern das Kamillow eine reine Militärstruktur erhalte. Kerenjts sei bereit gewesen, die Revolution zu unterstützen, habe aber nicht an sich selber ein Charakter vollziehen wollen. So mußte er den Kampf mit Kamillow aufnehmen, und sich zu diesem Zweck wieder auf die Waffen der Arbeiter und Soldaten stützen.

Trotzdem die Vorkämpfer behaupten, daß Kerenjts Beteiligung gegen diese Punkte auf der demokratischen Konferenz in jeder Beziehung gänzlich unzureichend sei, hält die „Arbeits-Franda“ es doch für wahrscheinlich, daß er sich einmischen an der Macht beabsichtigt. Die verschiedenen Parteien seien unter sich vollkommen uneinig geworden, die Menschheit und die Sozialisten-Revolutionäre seien in je drei Gruppen auseinandergelassen; in allen Parteien herrsche die größte Verwirrung. Die Volkswirtschaften immer mehr alle revolutionären Kräfte um sich, seien aber noch nicht stark genug, allein die Macht zu übernehmen. Danach sei eine entschlossene Lösung der Krise unabweislich, und ein schneller Verlauf der Ereignisse zu erwarten.

Wie die letzte Nummer der „Arbeits-Franda“ mitteilt, verfügen die Bolschewisten trotz aller Verbote und Unterdrückungsmaßnahmen gegenwärtig in Russland über 17 bolschewistische Tagesblätter. An Petersburg gründen Organ hat schon fünfmal den Namen wechseln müssen, und heißt jetzt „Makowski Wai“ (Der Weg der Arbeiter). Lenin und Zinowiew arbeiten ständig an ihm mit, Beweis an dem, daß sie niemals seit ihrem Rückzug nach Russland Petersburg verlassen hätten.

Petroleum.

Von einem Petroleum-Verbrauch wird der „Internationale Arbeiterkampf“ geäußert:

Die deutsche Kriegswirtschaft hat auf dem Gebiet der Petroleumverteilung rein sachlich und tech-

nisch einen besondern Erfolg gehabt, der dadurch zustande kam, daß die Regierung von vornherein sofort mit einer strengen Rationalisierung eingegriffen hat und sie mit Hilfe der durch bestehenden privatwirtschaftlichen Verteilungsorganisationen der deutschen Petroleumgesellschaften durchführte konnte. Die Verteilung der zugehörigen Petroleumbestände und Petroleumzufuhren wurde, wie bekannt, auf Grund des früheren Verordnungs, der sich an der Hand der Unterlagen der Petroleumgesellschaften genau feststellen ließ, nach bestimmten Grundätzen eingeschränkt und die Verteilung durch die

nen geschaffene Petroleum-Zentrale

geleitet und bis in den kleinsten Ort durchgeführt. Das Zusammenarbeiten der Regierung mit der Petroleum-Zentrale kam, den Petroleumgesellschaften vor von Anfang an ausgehend, und es ist niemals in dieser Angelegenheit zu ernstlichen Differenzen gekommen. Die Kammer und der Reichshandel, wie andre öffentliche Einrichtungen in der Organisation des Warenverkehrs finden hier auch nicht einmischen, da jedes kleinste Quantum Petroleum schon an der Produktionsstätte unter die staatliche Kontrolle kam. Es gab zwar keine direkten Produktionspläne, aber er wurde indirekt dadurch bedingt, daß die Produktion von Holz- und Zement für die See- und Flotte und für die Kriegsindustrie auf das strengste organisiert wurde. Mit der Produktion dieser Güter aber wurde ganz automatisch zugleich Knudsch produziert.

Zugleich haben sich die Verhältnisse in solcher Hinsicht nicht unmerklich verändert. Die Knudschproduktion bietet zwar noch der Befreiung der geologischen Quellen und den ersten Schritt, die in der Wiederbelebung der russischen Knudschindustrie gemacht wurden, kein erfreuliches Bild. Aber bei der Verarbeitung des Knudsch, die ziemlich beliebig — worauf man das allgemeine Publikum aufmerksam machen muß — auf sehr verdringende Mengen von Knudsch eingeschränkt werden kann, von dem Benzin, Schwerbenzin, Turbinenbenzin, Knudsch, Treiböl, Schweiß- und Schmieröl die wichtigsten sind, muß auf den steigenden Bedarf der Kriegswirtschaft an Benzin, Treiböl, Schweiß- und Schmieröl Rücksicht genommen werden, so daß

verhältnismäßig wenig Knudsch

erzielt werden kann. Es genügt, auf die Durchführung des verkäuflichen Knudsch-Kriegs hinzuweisen, auf die dadurch außerordentlich gesteigerte Verwendung von Holz- und Schmierölen bei der Marine, auf die wachsende Zahl von Flugzeugen, von deren Motoren mit Benzin getrieben werden, schließlich auf die wachsende Verwendung von Automobilen und von anderen Teilen in den Kriegsbetrieben.

Hier hat besonders auch seit dem bekannten Stadenburg-Programm die deutsche Kriegsindustrie bis dahin ganz ungeheure Anforderungen an die Knudschproduktion gestellt. Auf der andern Seite haben sich Erzeugungsbedingungen wesentlich verändert. Es gibt keine neu entdeckten Mengen von Knudsch für Knudschgewinn, ebensowenig Äpfeln, und infolge des steigenden Knudschmangels ist auch der Verbrauch von Gas und Elektrizität, wie bekannt, auf das unumgängliche eingeschränkt worden.

Durch die so gewaltig gestiegene Verwendung von Treibölen ist die Produktion von Knudsch erheblich zurückgegangen. Es kann kein Streit darüber bestehen, daß hier eine Knudschmangelgefahr vorliegt; denn es ist unumgänglich nötig, daß Holzgewinn und Knudschindustrie Treib- und Schmierölen in den notwendigen Mengen zur Verfügung haben, als daß wir uns im Innern unversehrt mit Knudsch verfahren können. Es kommt hinzu, daß die Zufuhren aus Österreich für die nächste Zeit geringe werden. Die österreichische Presse hat dafür die Ziffern geben können. Danach steht das neue Lebensministerium über die Mineralölversorgung nach Deutschland fest, daß die Zufuhr von Petroleum auf 30 Waggon pro Monat herabgesetzt wird. An Gasölen werden 1000 Waggon nach Deutschland gelangen; in der Schmieröl- und Paraffinquantität steht der neue Vertrag keine Veränderung der gegenwärtigen Ziffern vor.

Aus diesen Gegenständen hat sich nun gerade für diesen Herbst und Winter die Notwendigkeit ergeben, in Deutschland den

Petroleumverbrauch einzuschränken.

Das Handelspetroleum, das heißt diejenigen Mengen von Petroleum, die dem Handel zur Verfügung gestellt werden, wird erheblich eingeschränkt werden müssen. Dagegen kommt das sogenannte Kriegspetroleum in der gleichen absoluten Menge wie im Vorjahr zur Verfügung gestellt werden. Dieses Ausnahmepetroleum wird natürlich in den Landesregierungsbehörden für besonders dringliche Bedürfnisse der Kriegswirtschaft und der Seemarine sowie für unvermeidliche Zwecke zur Verfügung gestellt, und es ist in jedem Falle ersichtlich, daß gerade dieses Kriegspetroleum in der gleichen absoluten Menge wie im Vorjahr erhalten bleiben konnte.

Die geringere Verteilung von Petroleum erklärt sich also nunmehr lediglich sehr einfach. Aber freilich ist durch diese Erklärung nichts an der Unzulänglichkeit geändert, die durch den Mangel an Knudsch, besonders in den Familien ärmerer Bevölkerungsschichten, entstehen muß. Immerhin genügt die Erklärung, um zu erkennen, daß der Mangel an Petroleum nicht an guten oder bösen Willen der Behörden liegt, sondern an Knudschmangel, die im Augenblick keine ändern kann.

5 f
Bof
wör
u o
bild
gef
sch
soll
voll
betra
u m
deut
Deut
um
sänt
sollen
gu n
Derr
ber
d. M.
Serr
schü
Denn
Heber
Reich
den
nollen
F
Beip
ident
de t
fätsge
Seite
tel es
Tag,
Ia d
bezie
bürg
d. B
tra die
den
na m
berig
Zat be
Wo
flaffen
im G
nach
nach
Frad
wird
die
lofen?
Ja,
deutlich
eridöpe
Bon
Kauf
so
Schw
Zer
Wahr
heit
die
Ra
fome.
D
vorhand
ausge
d. J.
ist
dahin
wir
weiterge
In
Gemein
werden,
10 Pro
jahr
mehr
die
Zins
bedien
sein, die
Zie
bedeuten
as 3.
Streite
Schöpfung
maßna
metallisch
mittl für
Ber
Aber
Wahr
möglich
die
gemeine
lenamie
berden
d e b
n
erziele
Ziel
langen
eif
mögen
e
höflich
ein
der
Zins
Am
hohen
An
der
wird,
Zinsge
1914
lungen,

Wer bezahlt?

Den Reichstagsabgeordneten ist eine alldeutsche Flugdrift eingeschickt worden, die aber auch sonst im Volksverbreit zu werden scheint. Sie ist, wie der „Vorwärts“ mittelt, angefüllt mit Schreckensbildern von den Kriegermorden in Chrensen, man sieht bildlich dargestellt Ermordete mit geschwörter Stirn, ausgehenden Augen, abgehenden Händen usw. Wir haben es seit jeher als ein zweifelhaftes Mittel angesehen, durch solche Illustrationen das gegen die Feinde zu erwecken, weil die gerechte Empörung über die Täter leicht in einen verallgemeinernden Völkerverhaß schlüpfen kann. Aber in diesem Falle haben die Illustrationen diese Wirkungen nicht einmal gegen die Feinde Deutschlands gebracht, sondern dieses Mittel ist ihnen recht, um sich gegen die eignen Volksgenossen zu setzen! Die Abbildungen der von den Kofaken Ermordeten sollen zur Gehe gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens dienen!

Jede einzelne Illustration trägt eine Unterschrift, wie: Herr Scheidemann, M. d. R., gewidmet, Herr Erzberger, M. d. R., gewidmet Herr Dittmann, M. d. R., gewidmet usw. Die ganze Großliste nennt fast: Den Herren Reichstagsabgeordneten, die einen deutlichen Grenzhaß abkehren, ins Stammbuch.

Diese alldeutsche Schmehmethode richtet sich von selber. Denn der einfichtige Leser wird sich selber sagen, daß die Ueberschrift viel possender lauten müßte: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die durch einen Gewaltfrieden die neue Weltkarte heraufbeschwören wollen, ins Stammbuch.“

Für die Kruppelhaftigkeit, mit der die Schrift geht, ein Beispiel: In der ersten Illustration gebietet sie sich philo- sophisch: Da wird das Bild eines von den Russen ermordeten Juden dargestellt, um an das jüdische Selbstmitleidgefühl der Agh. Gohn zu appellieren. Auf der letzten Seite aber läßt der Verfasser die Maske fallen. Da lautet es:

Und im fideleisigementen Bande dürfen seit Jahre und Tag, um Schaden und zur Schande Deutschlands — unparthei- lich — unfeindliche und feindliche, in Deutsch- land geborne Ausländer ihre Innereien reiben. Das bezieht sich wohlwollend auf die kaiserlich-jüdischen Hilfs- bürger, die im deutschen Meer ihre Wälder erüllen. (Hoh. d. Reich.) — „denn eine von deutschen Standpunkt aus be- trachtet, ist die „Autorenkennzeichnung“ des Hochver- räteren Deutschlands geistige Waffen feindlich.“ — „dirten je- nannte Volkstretreter alles, was woben Deutschen heilig ist, durch Verhetzung und Verleumdung und durch Vö- lat und Betrug!“

Noch ein Punkt ist interessant: Die Schrift ist auf ein- fassigsten feinen Illustrationspapier gedruckt, es heitete im Handel kaum noch zu haben ist. Bei einem Umfang von nur acht Seiten dürfte jedes einzelne Exemplar der Schrift noch in doppelt soviel Umlauf bei den heutigen Verle- und Druckpreisen mindestens 15 bis 20 Mg. kosten. Gleichwohl ist die Schrift gratis verteilt. Wer bezahlt die Unkosten?

Ja, wer bezahlt überhaupt die Unkosten der all- deutschen Völkermörder. Die Frage ist oft gestellt, aber nie erschöpfend beantwortet worden. —

Die Brotversorgung.

Seit unvorbereiteter Stelle wird mitgeteilt, daß das Getreide der im August vorgekommenen Entschädigung die weitere Steigerung unserer Brotpreise notwendig macht, wenn die jetzige Produktion des ganzen Reichsgebietes hinreichend aufrechterhalten werden soll. Grundsätzlich ist die Kartoffelernte gut, so daß die Erzeugung durch Kartoffeln erfolgen konnte. Da aber alle Vorräte von Trockenfutter-Vorräten nicht vorhanden sind, kann die Erzeugung des Brotes mit Kartoffeln nicht allgemein erst vom 1. November 1918 an erfolgen. Bis zum 1. November d. J. ist eine Erzeugung nicht in Aussicht genommen. Bis dahin wird die jetzige Produktion von 220 Gramm pro Kopf und Tag weitergehen.

In der Zeit vom 1. November bis 1. Februar werden den Gemeinden Getreidevorräte in einem Umfang zur Verfügung gestellt werden, die eine Erzeugung der Mehlration von 200 Gramm im 10 Prozent ermöglichen. wonach die Ration der ersten beiden Kriegs- jahre wiederhergestellt wird. Falls eine Gemeinde es vorziehen sollte, diese Erzeugung nicht vorzunehmen, die Kartoffeln vielmehr direkt zu verbrauchen, so soll sie eine Erzeugung der Kartoffelrationen berechnen, die dann etwa 1 1/2 Pfund pro Kopf und Woche betragen würde. Die Anstellung des Getreides von 94 Prozent wird vorläufig aufrechterhalten werden. Wenn die Getreideernte, die vom 20. September bis 5. Oktober vorgekommen sind, ein letztes Endegegnis der Getreideernte ergeben sollte, so wird der Nachschub nicht zu einer Erhöhung der Mehlration, sondern zu einer Verringerung der Mehl- ration benutzt werden, damit die einmal die Qualität des Brotes merklich verbessert und gleichzeitig die notwendige Menge als Futter- mittel für die Landwirtschaft gewonnen würde. —

Vereinfachung der Verwaltung.

Dem Reichlichen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf über Vereinfachung der Verwaltung vorgegangen. Das Gesetz enthält das Staatsministerium, während der Dauer des strengsten gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, die sich hinsichtlich der Zusammenlegung, der Zuständigkeiten und des Verfahrens der Behörden des Staates, der Gemeinden und Gemeindegliederung und zur Ersetzung von Vereinfachung als notwendig erweisen. Die Maßnahmen sollen dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis gebracht werden; sie sind auf Verlangen eines der beiden Häuser wieder aufzuheben. Die Maßnahmen erfordern sich besonders auf die Übertragung der Befugnisse der Behörden und Körperschaften, auf eine Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, auf eine Vereinfachung der Zustellungen und Einschränkung der Staatsaufsicht.

Am einzelnen sei bemerkt, daß der Entwurf, der mit der hohen Anzahl der von ihnen einzureichenden Beamten begründet wird, einmal durch eine bemerkenswerte Verringerung der Verwaltungs- apparate der Arbeit sparen will; ferner soll in Zukunft die Ein- richtung der Kreis- und Kreisämter, Stadtvorständen, Bezirks-Verwaltungen, Magistrate, und Gemeinderäte bereits bei Neuerrichtung

von einem Drittel der Mitglieder vorhanden sein. Weiter soll die höchste Verwaltungsmöglichkeit der Verwaltung durch die Behörden der Provinzen und Kreise beschränkt werden. Es ist eine Verringerung des Mannheimer abgabengebühres dahin geplant, daß nur die natürlichen Erbs der Vererbung und Zustimmung bedürfen, die eine Erhöhung der Beiträge zu einer oder mehreren Gemeinarten gegen das Vor- handensein haben. Besondere eingehend sind hinsichtlich der Beziehung von Beiträgen zu Verordnungen von Gemeinden und Gemeinverbänden betr. den Ertrag von Kreisämtern, die Ver- äußerung von Grundstücken usw.

Das Gesetz soll spätestens 2 Jahre nach Beendigung des Krieges wieder außer Kraft treten. Es ist aber geplant, daß, wenn einzelne der erlassenen Bestimmungen sich so bewähren, daß ihre weitere Beibehaltung erübrigt, für ihre dauerhafte Einführung rechtzeitig die gesetzliche Zustimmung des Landtags nachgekauft werden soll. —

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung.

Berlin, 4. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesvorsitz: Dr. Helfferich, Graf Koeborn. Von den Interpellationen der Sozialdemokraten betreffend die Umbildung des Reichs- und Reichsministeriums und betreffend die in der Reichsversammlung am 1. September angestellten politischen Verhältnisse erklärte Staatsminister Dr. Helfferich die Bereitschaft des Reichsfinanziers, sie am Sonn- abend zu beantworten.

Der Gesetzentwurf zur Bereinigung der Reichspflege wird debattiert von einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiegen. Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fortgesetzt.

Abg. Ziethe (Hann.) begrüßt die Vorlage. Den sozialdemo- kratischen Antrag, die Reichsflotte nur als Fährflotte zu ge- wahren, lehnt er den schon zu erhellenden, nicht als be- liebig, er würde die Vorlage zu sehr festhalten. Auch den weiteren Antrag der Sozialdemokraten, den Reichsausschuß aus neun Mitgliedern bestehen zu lassen, wovon drei der Reichstag ernennen soll, können wir nicht annehmen. Geantwortet werden wir dem sozialdemokratischen Antrag, bei Vernehmung der Decker die Nebenberufungen in Betracht zu ziehen, aufzusuchen. Nicht zustimmen können wir dem Antrag, nach dem noch ein Mitglied der Reichsflotte vorhalten werden soll, und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes hergestellten Schiffe zu beteiligen ist, und zu hinsichtlich der Vernehmung dieser Schiffe Verhandlungen notwendig sind.

Abg. Miers (D. Fr.) fragt ebenfalls die Vorlage zu und bringt im Laufe seiner Ausführungen das Verhalten seiner Freunde über das „unvollständige Verhalten“ des Grafen von Bülow (Wehrab), das uns mit in den Krieg mit Preussentum und zu weiteren schweren Verleumdungen der Handelsflotte gebracht hätte.

Abg. Ziethe (Hann.) sagt: Gerade die Redner sind die sozialistischsten und internationalsten Sozialisten. Der Nord- deutsche Lloyd und die Saapag sind die stärksten Kapitalisten auf dem ganzen Erdball, und denen will man mit solchen Reden ein Geschick machen! Ein wie glanzvolles Geschäft das für diese Leute ist, kommt die Selbsterhaltung ihrer Güter an der Hand der Sozialisten! Wir haben eine Handelsflotte, die uns im Leben rettet. Subventionen rufen nur den Kapitalismus hervor. Wir können aus allen diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen. (Beifall d. H. und S.)

Die Debatte schließt: 1 und 2 werden angenommen. Bei 3 Enthalt.

Abg. Waldstein (Hann.) sagt: Gegen den Abgeordneten Ziethe, die Redner können nur ungenügend eine starke Kapitalisten- gruppe nennen. Keine andre Gruppe habe solche Verluste durch den Krieg erlitten, wie die Redner. Den Antrag des Zentrum, so diesen Paragraphen kann man nicht annehmen. Man kann nicht das Gesetz durchsetzen, es steht einem weiteren Beschluß entgegen. Ich bin nicht bereit, das Zentrum, das die Gemeinwesen enthält, wie die Redner über 6 Prozent an den auf Grund dieses Gesetzes gebauten Schiffen be- dienen, muß aus Reich zurückgezogen werden. Eine solche Bezeichnung können wir das Gesetz nicht durchsetzen.

Abg. Waldstein (Hann.) sagt: Die Redner sollen den Redner nicht genügt werden. Die Bezeichnung des Abgeordneten Ziethe, aber, daß die Redner große Gemeinwesen gemacht haben und eine Gruppe von Sozialisten sind, ist durchaus irreführend. Auch der Antrag des Abgeordneten Waldstein ist nicht an- genehmbar. Der Paragraph des Gesetzes ist, daß möglichst schnell Schiffe gebaut werden sollen.

Abg. Ziethe (Hann.) sagt: Das Gesetz bedeutet keineswegs ein Ge- schick für die Redner, sondern es ist die notwendige Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Wir brauchen die Handels- flotte, um die notwendigen Rohstoffe heranzubringen.

Abg. Waldstein (Hann.) sagt: Die Redner haben die Be- handlung der Abgeordneten Ziethe, daß die Getreideernte 1918 für die Sommerernte genommen habe. Diese Behauptung wird ebenso unwahr wie seine Behauptungen auf der Gegen- wart über die Lage der Redner. Tatsache ist, daß es sich hier um ein Milliarden-Riesengeschäft für die Redner handelt. (Sehr wahr! H. u. S.)

Abg. Dr. Hell (D. Fr.) bittet, es bei den grundsätzlichen durch- zudenken Schritten des Ausschusses zu belassen.

§ 2 (Erklärung der Reichsflotte auf die spätere Entschädigung) wird angenommen. Von den Zusatzanträgen wird nur der Antrag des Zentrum, angenommen, eventuell später eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Redner gesetzlich festzusetzen.

Den Reichsflotte soll der Wert der Schiffe am 31. Juli 1914 zugrunde gelegt werden. Wenn aber die Kosten der Wieder- herstellung der Rednerernte übersteigen, sollen noch Zuschüsse zu den Reichsflotten gewährt werden können. Ein Antrag Ziethe und Genossen (Hann.) wird die Abänderung bezieht zu verändern, wird in dem Ausschusse am 12. gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Ziethe und Genossen (Hann.), bei Berechnung der Steuer die Nebenberufungen in Anrechnung zu bringen.

Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der dazu ge- richteten Änderungsanträge in der Fassung der Kommission an- genommen, ebenso die von der Kommission beantragten Moti- vationen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Keine Anfragen. Nach- trittsliste) Schluß 6 Uhr. —

Notizen.

Die deutschen Schiffe in Venn beflaggen. Der Völkerverhaß mündet aus Venn, daß die in den Völkerverhaß beflaggen deutschen Schiffe beflaggen wurden. Die deutschen Regierungen, die der Regierung beflaggen wurden durch veranlassung der Regierung.

Reichstagsabgeordneten. Die sozialdemokratischen Inter- pellationen über die gegen die Reichstagsabgeordneten gerichtete Aktion im Meer, über die Beförderung der „Batermanns“ und über die Einbürgerung des Reichs- und Reichsministeriums werden am Sonntag von der Reichsregierung beantwortet werden, so daß also auch die Rede des Reichstagsabgeordneten für Sonntag zu erwarten ist. Die Interpellation über die alldeutsche Kruppaktion wird von dem Abgeordneten Genellen Landberg befragt werden. Der Reichstag beginnt seine Arbeit bei Mittwoh den 10. Oktober beenden zu können. —

Der polnische Regierungsrat nicht be- rührt. Nach einem Bericht des „Zukunft“ wurden die von der Übergangskommission des Staatsrats vorgelegenen Kandidaten für den Regent- schaftsrat nicht befragt. Es läßt sich deshalb nach zweierlei Richtungen hin verfahren hat. Vor allen Dingen handle es sich um die grundsätzliche, vom Regent- schaftsrat abgehende Erklärung, die die Über- einbringung der Politik der polnischen Regierung mit der Politik der Mittelmächte und die Unterstützung der Passivität gegenüber Russland betreffen soll.

Neuwahlen in Spanien. Die Pariser Agence Radio meldet aus Madrid, die spanische Regierung habe bekanntgegeben, daß die Cortes aufgelöst werden und Neuwahlen stattfinden sollen. Sollten diese Neuwahlen der Regierung die Mehrheit nicht liefern, würde das Land in Mitleiden. Derzeit ließ die Regierung wissen, daß die verfassungsrechtliche Rechte hinsichtlich gegen Mitte dieses Monats wiederhergestellt sein werden. —

Die Ausbesserung der Neutralen. Der „Neue Ausbesserung“ meldet aus London: „Daily Telegraph“ berichtet aus New York, es befinde die Abhilfe, daß Amerika und England jede Abrechnung für den nordamerikanischen Neutralen beizugehen werden, solange nicht entschieden werden ist, daß Deutschland seinen Ruhm daraus zieht. —

Welsch und Schmarze als Ketter. Wie aus dem Tagebuch eines unter kürzlichen von seiner erproblichen Neugierde zurückge- bliebenen in die See herabgeworfen, werden die in die See ge- brachten nur die feinsten Schiffe nicht immer mehr Schmirreln. Insbesondere die englische Handelsmarine muß immer mehr auf Welsch, Schmarze und Weger zu- rückgreifen, um ihre Schiffe beizugehen zu können. So hatte der vierzigste Welsch wertvolle englische bewaffnete Schiffe „Sonia“ in der Straßburger Meer bei weiterem weiten Schif- feren nur 48 Tonne in die See gebracht. Die Schiffe hatte außer einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen u. a. 30 000 Zentner Getreide, 16 000 Zentner Öl und 10 000 Zentner Kautschuk. Es gehörte der Grafen-Linie, die zu den größten und angesehensten englischen Seefahrtsgesellschaften zählte, und bei der vor dem Krieg ausstehenden wertvolle englische Seefahrtswirtschaft waren. Reichlich waren auch in der Straßburger Meer, die außer dem Kapitän nur Kapitän und Kapitän, auf denen also auch die Steuerleute der Regent vertrieben wurden. —

Englischer Panzerkreuzer versenkt. Die englische Admiralität meldet: Des Kriegsschiff „Draht“ ist am Dienstag morgen an der Nordküste von Irland torpediert worden. Es erreichte einen Hafen und sank in reichem Gewässer. Die Explosion tötete einen Offizier und 18 Mann; die übrigen sind gerettet. „Draht“ ist ein Panzerkreuzer von 1300 Tonne. —

Ein Schlachttag von seltener Schwere

W. Z. S. Großes Hauptquartier, 5. Oktober 1917. (Anstalt.)

Bestimmter Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz, Nordsee.

Ein Schlachttag von seltener Schwere liegt hinter uns. Von frühen Morgen bis in die Nacht wüthete das Ringen, das durch wiederholte englische Angriffe aus der Gegen- richtung von Langemarck bis zur Spitze der Straße von Heligoland (15 Kilometer) immer von neuem entzündet wurde. Ununterbrochen wütheten die Artilleriemächten mit überhöher Leistung von Mann und Geschütz in den Stunden, auf dem sich die erbittertsten und bis zum letzten Augenblicke die Kampfe der Infanterie abspielten.

Gruppen der Schiffe waren Beselcapelle, die ein- zelnen Schiffe 3 Kilometer westlich von Beselcapelle, die Begrenzungen östlich und südlich von Beselcapelle, die Wad- dichte westlich von Beselcapelle und das Dorf Schellendeit über diese Linie hinaus konnte der Feind nur vorübergehend vordringen, doch sich an der Nacht unter Gegenangriff nicht be- halten, obwohl er bis zum letzten Augenblicke frische Kräfte ins Feuer führte. Der Gewinn der Engländer befreit sich somit auf einen 1-1/2 Kilometer tiefen Streifen von Beselcapelle über die südlichen Küstener von Beselcapelle und nach der west- lichen Beselcapelle führenden Straße. Dieses Dorf ist ebenfalls die bestimmteste (Schlüssel) weil in unserm Besitz. Die britischen Verluste der englischen Divisionen — min- destens ein Drittel beim Feindangriff an der Schlachtfeld eingeht — werden übertrieben als sehr hoch gemeldet. Das gute Anwesenwerden aller unserer Kräfte brachte auch diesen wichtigen Sieg der Engländer nur auf demselben Weg, sondern unvorbereitet recht weit geschied.

Das Heerlager der deutschen Truppen in Nordsee wird durch nichts übertrieben.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ozean der Waas führten die Franzosen abends einen neuen starken Angriff — den zweiten binnen 3 Tagen — am Vorabend der Seite 344, östlich von Langemarck. Tageshervor bereitete heftiges Feuer, der dem Nordsee- ozean Truppenverteilung schickte, den Sturm der französischen Kräfte vor, die von den landwirtschaftlichen Wärdern getragen sich über- all durchdrungen wurden. An einzelnen Stellen wurden Gegen- schiffe erforderlich; sie brachten zahlreiche Gefangene in unsere Hand.

Wäldchen Kriegsschauplatz

Reichsministerialrat. Am Abend von Nordsee und im Fernabgehen war die Gefechtsintensität lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Berner Konferenz.

Nach dem Verlauf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern verbleibt das Schweizerische Delegationsbüro einen ausführlicheren Bericht, dem wir die folgenden Einzelheiten entnehmen:

Nach dem Briefwechsel gegen die englische Vereinbarung der Arbeitervereine wurde eine aus vier Neutralen und drei Vertretern der Mittelstaaten bestehende Kommission gewählt, um die Resolution über die Stellungnahme der Konferenz zu dem englischen Schreiben festzusetzen. Die der Kommission vorgelegte Resolution lautet:

Die internationale Konferenz bedauert es sehr, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht worden ist, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis von dem Schreiben der britischen Gewerkschafts-Kongresse, durch das diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet. Die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Absichtserklärungen und dem Willen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsvereinigungen. Die Konferenz betrachtet sich nicht als zuständig, über die Frage der Teilnahme der Väter und ihrer Regierung am Streik und dementsprechend zu urteilen. Sie geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaften zur Angelegenheit über, indem sie dem besten Wunsch Ausdruck gibt, nach wie in allen Ländern die Führer und Köpfe des organisierten Arbeiterstandes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinarbeiten.

Diese Resolution wurde nach längerer Erörterung mit allen gegen die Stimmen der Ungarn angenommen, die eine eigene Resolution mit einer härteren Betonung der notwendigen Festhaltenheit auf der Grundlage des Klassenkampfes forderten. Die ungarische Resolution wurde abgelehnt.

Der kanadische Delegierte Hubbard hatte namens der gesamten Handlunghilfen Delegation die angemessene Resolution empfohlen, aber ebenfalls, daß das Mißverhältnis der Konferenz über das Fernbleiben der Engländer und Amerikaner fester zum Ausdruck gelangen sollte.

In einer letzten Erörterung kam es bei der Behandlung der Frage der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Vorschlag nach einem neutralen Lande. Die Schweizer Delegierten hatten den von den Franzosen ausgehenden Wunsch nach Verlegung des Sitzes an dem übrigen gemacht. Die Schweizer drücken Befürchtungen aus, daß im Falle des Verlebens des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte. Die Kommission, die diese Frage geprüft hat, fähig dagegen folgende vom dem Dänen Hansen gebundene Fassung vor:

Die Konferenz lehnt die Frage einer Verlegung des Sitzes grundsätzlich ab. Die Handlungsmuster können eine Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes notwendig und wie die Arbeiterbewegung die ursprünglichen Anträge dieses Komitees seien, werden jedoch die Konferenz, die Beschäftigung über eine so wichtige Frage der Organisation zu beraten und der nächsten Konferenz vorzulegen. Um aber die internationale Bewegung unter der dem durch anerkannten Verbandenorganisationen internationalen, bezieht die Konferenz die Möglichkeit in Betracht und beauftragt sie, die nächste Veranlassungsbereitschaft vorzubringen und auszusagen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Kongresskommission alles daransetzt, daß die Kongresse von herrschenden Differenzen, die nur durch den Streik entstehen

sind, so bald als möglich beseitigt werden und Einigkeit herbeigeführt wird.

In der Erörterung über die Resolution erklärte u. a. der Holländer Hinnen, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde. Es fäßen sich immer nur eine sehr bedingte Zugänglichkeit zur internationalen Sache gezeigt. Dagegen habe sich Joubert, der Führer der französischen Gewerkschaften, bereit erklärt, an dem Gewerkschaftstag teilzunehmen, ohne die Spaltung zu erlösen und sich lediglich auf die eigentlichen Gewerkschaftsfragen zu beschränken. Die Verlegung des Sitzes würde einem Konfliktus abzum gegenüber den Deutschen gleichkommen, da die neutralen Gewerkschaften nicht wüßten, die sie mit der Verlegung durch die Deutschen vollständig aufgeben fielen.

Der Schweizer Nationalrat Grulich erklärte, er könne die Haltung der deutschen Gewerkschaften ihrer Regierung gegenüber nicht verstehen. Man müsse auf die Neutralität der Einzelgewerkschaften Rücksicht nehmen, die man einmal das Vergeben Deutschlands gegen Belgien nicht verzeihen können. Die Deutschen sollten freiwillig auf die Gewerkschaftsübertragung verzichten und der jetzigen Jurisdiktion in Amsterdam die provisorische Verlegung übertragen, die ein neuer Streik die Frage endgültig löse.

Von (Deutschland) wandte sich energisch gegen Grulich, dem er vorwarf, daß er die Gegenseite verdrängte, fast daß er seine, sie zu mildern. Wenn Grulich behauptete, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertreibung der Arbeiter der Arbeiterfront gegenüber der Regierung während des Streikes geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, was dabei tatsächlich ist. Die deutschen Gewerkschaften traten immer ihren Klasseninteressen in den Dienst und die Hand entgegen. Diese hätten nicht nur darauf gesehen, sondern gar hinzugehört. Die Schuld der deutschen Arbeiter läge auch einmal ein Ende.

Der Oesterreicher Huber wies darauf hin, daß, obwohl in Stockholm Bourgeois und andere entente-feindliche Sozialisten die Vorbereitung zur Konferenz in der Hand gehabt haben, die Oesterreicher doch nicht gekommen sind, weil aber seien die Sozialisten erschienen.

Bei der Abstimmung wurde die Entschließung der Kommission mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Schweizer angenommen.

Am Donnerstag sah die Konferenz den Beschluß, an die Regierungen der beteiligten Väter des Erlasses zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrag ein Mandat in Bezug auf Schatz und Welt zugusichern, das in allen Ländern durchgeföhrt werden müsse. Danach sollten in den Friedensverträgen Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Wahlrechts und der Durchführung des Arbeitergesetzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, für den gescheiterten Ausgangspunkt für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Väter auf dem Gebiete der sozialen Reformen. Sie sollte in dieser Frage eine Reihe von Vorschlägen auf.

Die internationale Vertretung für geordneten Arbeiterkampf in Bezug auf im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur

Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterkampfes anerkannt. Des von ihr unterhaltenen internationalen Arbeiterkongresses als aller sozialpolitischen Material zu sammeln und in den drei Hauptfragen herauszugeben.

Der Berichtslatter des Ausschusses, Hansen (Dänemark) bezeichnete diese Förderung als Hindernis, denn alle beteiligten Länder hätten so ungenügende Beiträge an Volkskraft erbracht, daß mit dem Vorstehenden nicht handhabbar werden müßte. Die Väter würden am liebsten gewünscht, die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Krieg am stärksten erkennen und weitgehende Reformen am liebsten durchzuführen werden.

Dieser letzte Satz wurde vom Kongreß einstimmig angenommen. Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Fortsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensverhandlungen aus Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Mit der Annahme dieser Entschließung waren die Geschäfte der Konferenz beendet. Präsident Schneiderger stellte fest, daß die Konferenz nächste Arbeit geleistet hat; wenn es auch nicht gelungen sei, vollständig über die ganze internationale Zusammenzulegen, so sei das ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden, so daß in absehbarer Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne.

Vegen des hierauf folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Bewegung, heute eine Sicherlegung zugestimmt, nicht so aufgeht werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sicherlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erklären werden, wenn volles Vertrauen aller Kongresszentralen gesichert vorhanden ist. Sobald sämtliche Kongresszentralen bereit sind, in einer Konferenz zusammenzutreten, und die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Überlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Die Konferenz beschloß ferner einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzusenden:

Sämtliche Delegierte der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Kongresszentrale ihren herzlichsten Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, der internationalen Konferenz zu belassen und gegen die Vertreibung standhaft den Vertreter der französischen und italienischen Kongresszentrale an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes ganz zur Behandlung und Entscheidung kommen und der Internationale Gewerkschaftsbund unabhängig als im Interesse der Arbeiter aller Länder wiederhergestellt werden kann.

Während Beginn des Schweizer für ihr Vermögen eine Verteidigung aller Kongresszentralen herbeizuföhren, geschah, folgte Präsident Schneiderger die Konferenz.

Kaufe bei H. ELKAN

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Anregung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe hat der Magistrat im Hinblick auf die gewerbliche Fortbildungsschule Unterrichtsreihe zur Ausbildung von Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder in Geschäftskunde, Schriftverkehr und Buchführung veranstaltet. Der zweite solcher Kurse beginnt am Montag den 15. Oktober. Meldungen nimmt Direktor Böckert, Meine Steinstraße 5, Zimmer 127, entgegen, welcher auch weitere Auskünfte erteilt.

Halle, den 3. Oktober 1917.

Der Magistrat.

Thalia-Theater

Wahlspiel des 2. Oktober 1917
 Das Glück im Winkel
 Schauspiel von Hermann Sudermann

Möbel

Wohnungs-Einrichtungen
 Teppiche
 Eichmann & Co.
 Gr. Ulrichstr. 51
 Eingang Schulstraße
 Aufzug

ZOO.

Reicher Tierbestand.
 Sonntag den 7. Oktober 1917.
 nachm. 3 1/2 Uhr
Konzert
 von Götzsch-Orchester.
 Leitung: Musikdirekt. Karl Götzsch.
 Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf., Militärs 10 Pf., Besondere Ermäßigung 10 Pf., nachm. 10 Pf. 20 Pf., 30 Pf.

Stadt-Theater.

Sonntag den 7. Oktober 1917
 nachmittags 3 1/2 Uhr
 Abendvorstellung zu drei Akten
Wiener Blut
 Operette von J. Strauß.
 Uraufführung, Montag 7. Okt. 8 1/2 Uhr
Tannhäuser
 Von Richard Wagner.
 Montag den 8. Oktober 1917
 nachm. 8 1/2 Uhr

Zeichnung von Geldbeträgen unter 100 Mark auf die 7. Kriegsanleihe!

auf die 7. Kriegsanleihe!

Um auch den weniger bemittelten Kreisen zu ermöglichen, sich an der Kriegsanleihe-Zeichnung zu beteiligen, werden von uns in Zusammenarbeit mit dem Reichslandbankdirektorium wieder auf den Namen lautende Anteilsscheine in Abschnitten von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Mark ausgegeben. Sämtliche eingezahlten Beträge werden von uns in Kriegsanleihe angelegt und von Ablauf des Eingangsmonats ab bis 6 Monate nach Fälligkeit mit 5 Prozent verzinst. Von Ablauf zweier Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes (Fälligkeitstag) ab können die Sparlasse wie die Anteilsscheinebesitzer — letztere gegen Rückgabe der Anteilsscheine — deren Einlösung zu dem dann geltenden Wert der Kriegsanleihe zugleich der aufgelaufenen Zinsen verlangen. Nähere Auskunft und die Ausgabe der Scheine erfolgen in der Hauptstelle, Rathausstraße 5, und in den Zweigstellen Nord und Süd, Große Brunnenstraße 3a und Landwehrstraße 25.

Im vorerwähnten Interesse ist es dringend erwünscht, daß Behörden, Fabrikbetriebe, gewerbliche Unternehmungen, Verbände aller Art, Vereine, Truppenverbände der hiesigen Garnison usw. als Sammelstelle die Anteilsscheine vertreiben. Wir bitten daher, zur Förderung der Kriegsanleihe den Vertrieb der Anteilsscheine in weitgehendster Weise zu übernehmen und zu unterstützen.

5365

Sparlasse der Stadt Halle.

Bekanntmachung.

Die Versteigerung des Neuberetenden Kommunalvermögens der IV. Quartierszone vom 16. April 1917 (IV B Nr. 5556/17) betreffend des von der Versteigerung von Wägen und sonstigen geschlossenen Grundstückskomplexen und des Verkaufs von landwirtschaftlichen Inventar erhalt im 8 1/2 Uhr folgenden Zusatz:

„Für die unter der Leitung der Königlich Preussischen Kommission in Verbindung mit der Versteigerungsbüro eingehenden Versteigerungen von Gütern und geschlossenen Grundstückskomplexen und die Versteigerung der verbleibenden Teilobjekte gilt die Generalkommission als verbindliche Stelle.“

Halle den 7. Oktober 1917.

Der Neuberetende Kommunalvermögens General des 4. Quartierszone.
 Herr Dr. K. K. K.
 General der Neuberetende
 Halle den 7. Oktober 1917.

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jackets und Mäntel 7.50 bis 12.00 Mk. • Elegante Kremlins 35 bis 125 Mk. • Feinwebte Mäntel 20.75 bis 75 Mk. • Schwarze Seiden-Jackets und Mäntel 10.75 bis 85 Mk. • Gewerkte Paletots 39.75 bis 85 Mk. • 40-farbige aus gewirkten Stoffen, Samt, etc. etc. • Sammeten 7.50 u. 12.00 Mk.

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 17.

